



**Niels Annen**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im SPD-Parteivorstand

Niels Annen, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

#### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Paul-Löbe-Haus  
Raum 3.939

☎ (030) 227 – 72 382

📠 (030) 227 – 76 282

✉ niels.annen@bundestag.de

#### Wahlkreis

Grindelberg 59  
20144 Hamburg

☎ (040) 422 10 90

📠 (040) 422 10 92

✉ niels.annen@wk.bundestag.de

Berlin, 8. Oktober 2007

**Erschienen in:** Internationale Politik. Oktober 2007. 62. Jahr. S. 86-89.

**Keine Stabilität ohne Solidarität!**

**Am Hindukusch wird unsere Glaubwürdigkeit verteidigt**

von Niels Annen

**In der laufenden Debatte über die Afghanistan-Mandate weist Außenminister Steinmeier zu Recht darauf hin, dass die Strategie für das Land am Hindukusch aus drei Elementen besteht, die sich gegenseitig ergänzen: der zivile Wiederaufbau, die militärische Präsenz zur Gewährleistung der Sicherheit und die Bekämpfung des Terrorismus. Umfragen zeigen, dass auf der einen Seite über zwei dieser drei Aspekte eine starke Skepsis in der deutschen Bevölkerung herrscht. Auf der anderen Seite erfährt die Wiederaufbauleistung der internationalen Gemeinschaft für - Afghanistan eine breite Zustimmung. Dies liegt nicht nur an der Grundsympathie für das kriegsversehrte Afghanistan, es liegt auch am gewachsenen Bewusstsein dafür, dass „sichere Häfen“ für Terroristen eine Gefährdung für die Sicherheit in Europa darstellen.**



## Niels Annen

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im SPD-Parteivorstand

Seite 2 von 6 Seiten des Schreibens vom 8. Oktober 2007

Die Ergebnisse des Sonderparteitags von Bündnis 90/Die Grünen zum Afghanistan-Einsatz sprechen eine deutliche Sprache. Die Verwirrung über die Beziehung und gegenseitige Abhängigkeit zwischen dem zivilen und militärischen Aspekt der internationalen Afghanistan-Mission ist groß. Auch die populistische Stimmungsmache der Parteiführung der Linkspartei gegen das gesamte deutsche Engagement ignoriert, dass sogar unter ihren Anhängern die Unterstützung für die Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan groß ist. Um nicht falsch verstanden zu werden: Die grundsätzliche Skepsis der Deutschen gegenüber militärischen Interventionen im Ausland ist das Ergebnis eines langen Prozesses der Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit, auf den wir stolz sein können. Dass sich daraus eine besondere Notwendigkeit ergibt, Einsätze der Bundeswehr zu begründen, wird im Ausland durchaus verstanden. Entgegen manch anders lautender Behauptung wird Berlin dadurch nicht als ein weniger verlässlicher Partner wahrgenommen.

### **Krieg gegen den Terror ist militärisch nicht zu gewinnen**

Gerade nach dem Desaster der USA im Irak bedarf die weitere Beteiligung Deutschlands am US-geführten „Krieg gegen den Terror“ jedoch einer kritischen Überprüfung, zumal die völkerrechtliche Legitimation sechs Jahre nach den Anschlägen in New York und Washington noch immer nur auf dem Recht auf Selbstverteidigung basiert und damit auch politisch höchst fragwürdig geworden ist. Zudem ist der Antiterrorkampf mit Recht durch seine Umsetzung in Verruf geraten, die immer höhere zivile Opfer kostet. Eine stärkere Kontrolle der Operationen unter dem OEF-Mandat durch den Bundestag wäre daher angemessen – die bisherige Unterrichtspraxis durch das Bundesverteidigungsministerium muss jedoch als unbefriedigend bezeichnet werden.

Auch wenn die deutsche Beteiligung an OEF mit Sanitätern, 100 KSK-Soldaten und dem Einsatz der Marine am Horn von Afrika nicht allzu groß ist, so stellt sich doch für das Parlament neben der militärischen vor allem die Frage nach der politischen Bedeutung. Die symbolische, weil de facto konsequenzlose Reduzierung der im



## Niels Annen

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im SPD-Parteivorstand

Seite 3 von 6 Seiten des Schreibens vom 8. Oktober 2007

Rahmen von OEF zur Verfügung stehenden Truppen von 1800 auf 1400 Soldaten, wie sie Verteidigungsminister Jung angeboten hat, ändert daran nichts. Denn der „Krieg gegen den Terror“ hat auf diesem Weg seine Ziele nicht erreichen können. Es gibt heute mehr Terroristen, und mit dem Irak haben die Anhänger von Al-Qaida eine zusätzliche Rückzugs- und Operationsbasis. Die Konzeption der Koalition der Willigen, zu der die „Operation Enduring Freedom“ gehört, hat das Völkerrecht geschwächt.

Es sind die Versäumnisse und Verfehlungen im von den USA dominierten OEF-Einsatz, die den Einsatz von Bundeswehr-Tornados unter dem ISAF-Mandat im Bundestag und in der Bevölkerung so umstritten machen – das Bild der deutschen wie der afghanischen Öffentlichkeit vom Einsatz der US-Truppen im Irak tut sein Übriges dazu. Dies macht auch die zunehmend -schwierige Unterscheidung von OEF und ISAF zum Problem. Der Kern des ISAF-Mandats ist es, einen stabilisierenden Beitrag zur Herstellung und Wahrung der Sicherheit des Landes zu leisten, um die afghanische Regierung zu unterstützen und eine selbsttragende Entwicklung zu ermöglichen. Bei der aufgeregten Debatte um den Einsatz deutscher Tornado-Aufklärungsflugzeuge ist dieser Aspekt leider in den Hintergrund geraten. Deshalb ist es wichtig zu betonen, dass die von den Tornados gelieferten Erkenntnisse einen Beitrag zum Stabilisierungsauftrag von ISAF leisten. Die Integration in das bisherige Mandat ist daher sachgerecht.

### **CIMIC – kein Allheilmittel**

Weitaus größere Einigkeit herrscht über die Notwendigkeit, den Umfang ziviler Maßnahmen zum Wiederaufbau Afghanistans massiv auszubauen. Allerdings kann dies nicht die Aufgabe der Militärs sein. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer selbst sagte Mitte September im Interview mit dem Spiegel: „Wir sind ein politisch-militärisches Bündnis, keine Entwicklungshilfeorganisation. Letzten Endes lassen sich die Probleme nicht militärisch lösen, es muss zivile Antworten geben.“



## **Niels Annen**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im SPD-Parteivorstand

Seite 4 von 6 Seiten des Schreibens vom 8. Oktober 2007

Von zahlreichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wird jedoch auf die Gefahren durch die Übernahme humanitärer und ziviler Aufgaben durch Soldaten hingewiesen. Es wäre ein falsches Verständnis des Konzepts von zivil-militärischer Zusammenarbeit (CIMIC), erhoffte man sich allein davon eine größere Akzeptanz des Militärs in der Lokalbevölkerung. Selbst hohe Bundeswehrvertreter stimmen zu, dass noch viel Nachholbedarf in Theorie und Praxis von CIMIC-Ansätzen besteht. Doch müssen wir gerade in Afghanistan verstärkt darauf achten, dass eine Ausweitung der zivilen Komponente unter dem Primat der Sicherheit nicht auf Kosten von nachhaltiger Entwicklung geht.

### **Dialog mit unbequemen Partnern**

Kaum ein Vertreter der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Afghanistan wünscht den sofortigen Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan, auch wenn allen Beteiligten klar ist, dass der Zeithorizont der EZ um ein Vielfaches weiter ist als jener des Militärs. Sie erkennen, dass die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Wiederaufbau an die Schaffung von echter und langfristiger Sicherheit gekoppelt sind. Selbst eine Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte inklusive der Taliban kann dies derzeit nicht garantieren. Ich meine dennoch, dass eine Einbeziehung auch solcher unbequemen Gesprächspartner für den Frieden in Afghanistan ohne Alternative sein wird. Dazu müssen auch die Regierungen in Pakistan und im benachbarten Iran gezählt werden. Beide sollten im Sinne einer langfristigen Stabilisierung in eine regionale Strategie eingebunden werden, ohne dabei die Ansprüche der Staatengemeinschaft nach Good Governance und der Einhaltung des Menschenrechte zurückzustellen. Die Regierung Karzai hat mit der afghanisch-pakistanischen Friedens-Dschirga und dem Dialog mit der iranischen Regierung in diese Richtung einige wichtige Initiativen unternommen.

### **Ausbildung der afghanischen Polizei**



## Niels Annen

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im SPD-Parteivorstand

Seite 5 von 6 Seiten des Schreibens vom 8. Oktober 2007

Auch wenn die Schaffung eines staatlichen Gewaltmonopols ein Argument für einen raschen Abzug internationaler militärischer Kräfte wäre, wurde mir bei einem Besuch Afghanistans im August in Gesprächen mit afghanischen Polizeivertretern und Verteidigungspolitikern bewusst, wie viel Nachholbedarf hier noch besteht. Es hilft nicht, durch die Kürzung der Ausbildungsdauer die Zahl der zur Verfügung stehenden afghanischen Soldaten in die Höhe zu treiben, nur weil man festgestellt hat, dass diese in der Endphase der Ausbildung in größerem Umfang desertieren. Wer mehr Sicherheit in Afghanistan will, sollte daher den Forderungen nachkommen, sich verstärkt in die Ausbildung der afghanischen Armee einzubringen. So wird sogar von etlichen deutschen Soldaten befürwortet, dass internationale Militärausbilder mit den von ihnen trainierten afghanischen Soldaten zu Beginn auch in Operationen ziehen. Die damit verbundenen Gefahren sind Teil der internationalen Verantwortung für die Entwicklung Afghanistans.

Auch wenn von Seiten europäischer wie afghanischer Partner wiederholt der positive Beitrag Deutschlands bei der Polizeiausbildung gewürdigt wurde, so hat auch niemand verschwiegen, dass das deutsche Bundesinnenministerium weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Hier müssen wir untersuchen, wie man dies künftig im Rahmen des neuen europäischen Polizeiprojekts verbessern kann.

### **Afghan Ownership**

Die Forderung nach mehr Afghan Ownership ist gerechtfertigt, weil -Afghanen durch die massive Präsenz internationaler Hilfskräfte selten zur Übernahme eigener Verantwortung herangezogen werden. Wir dürfen uns aber keinen Zweifeln hinsichtlich der derzeitigen Kapazitäten der afghanischen Institutionen und ihrer Vertreter hingeben, sondern müssen vielmehr verstärkt in das Capacity Building von Führungspersonlichkeiten in allen Bereichen investieren. Dazu gehört auch, Afghanen aus eigenen Fehlern lernen zu lassen. Alastain McKechnie spricht als World Bank Country Director for Afghanistan aus Erfahrung, wenn er betont, dass es besser sei, wenn „Afghanen eine Angelegenheit akzeptabel durchführen als dass wir sie gut ausführen“.



## **Niels Annen**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im SPD-Parteivorstand

Seite 6 von 6 Seiten des Schreibens vom 8. Oktober 2007

So müssen Afghanistans politische Vertreter, angefangen mit Präsident Karzai, im Kampf gegen Korruption mehr Eigenverantwortung übernehmen. Das Amnestiegesetz, das Kriegsverbrecher rehabilitiert, ist jedoch das falsche Signal. Hier sollten die internationale Gemeinschaft und auch die deutsche Bundesregierung offensiver protestieren und ihr diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen. Ähnliches gilt für die florierende Drogenindustrie: Die Vernichtung der Mohnenernte ist im ersten Schritt nicht so wichtig wie der zügige Aufbau echter alternativer Existenzgrundlagen. Die hierfür notwendigen Investitionen müssen ein elementarer Bestandteil der zivilen Hilfe für Afghanistan sein. Diese liegt mit 105 Dollar pro Kopf derzeit weitaus niedriger als in anderen Krisenregionen, in denen sich die internationale Staatengemeinschaft engagiert. Den berechtigten Forderungen, dass die Ausgaben im zivilen Bereich weiter steigen müssen, haben endlich Taten zu folgen.

Bei der Diskussion unseres künftigen internationalen Engagements müssen wir das bisher Erreichte umfassend bewerten – dies gilt nicht nur für den eigenen deutschen Beitrag, sondern für die gesamte Friedensmission. Die intensive Debatte über alle zur Verlängerung anstehenden Mandate ist dabei von großer Bedeutung, entbindet uns aber nicht von der Notwendigkeit einer Diskussion unserer Gesamtstrategie für Afghanistan.